

**Interpellation Nr. 77 (November 2010)**

betreffend Aussagen der Finanzdirektorin in einem Interview zur  
Steuerharmonisierungs-Initiative

10.5315.01

In einem Interview in einer Tageszeitung vom 5. November 2010 hat sich die Finanzdirektorin des Kantons Basel-Stadt unter anderem dafür ausgesprochen, dass bei Steuersenkungen im Kanton Basel Stadt das Unispital und das Theater geschlossen werden und der Kanton oder die Gemeinden sich nicht am Erweiterungsbau des Kunstmuseums beteiligen würden (Zitat: "Dann gäbe es kein Unispital mehr, kein Theater und keine staatliche Beteiligung am Erweiterungsbau des Kunstmuseums.").

Auf eine Frage der Journalisten äussert die Finanzdirektorin weiter absolut, dass nichts von dem geschehe, was die Gegner der Initiative behaupten (Zitat Frage "Was würde bei Annahme der Initiative geschehen? Antwort: Nichts von dem, was Economiesuisse behauptet. ...."). Sie verschweigt aber während des ganzen Interviews, dass es auch im Kanton Basel-Stadt Steuerzahlende gibt, deren Steuern bei Annahme der Initiative erhöht werden müssen.

Ich frage daher die Regierung an

1. Trifft es zu, dass bei sinkenden Steuereinnahmen gemäss Planung des Finanzdepartementes in erster Priorität Ausgaben für die drei Institutionen Unispital, Theater und Kunstmuseum (Erweiterungsbau) gekürzt werden?
2. Warum verschweigt die Finanzdirektorin gezielt, dass (abgesehen von den später folgenden Steuererhöhungen für tieferes Einkommen und den Mittelstand) Steuerzahlende in Riehen und Bettingen durch die Initiative direkt betroffen sind?

Andreas Burckhardt